



## **Ausschuss für Europa und Internationales**

### **46. Sitzung (öffentlich)**

1. Oktober 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:45 Uhr bis 13:05 Uhr

Vorsitz: Dietmar Brockes (FDP)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- 1 Die slowenische EU-Ratspräsidentschaft 2021 (PowerPoint-Präsentation s. Anlage) 5**  
Gast: Seine Exzellenz Franc But  
Botschafter der Republik Slowenien
  
- 2 Die Beziehungen der Landesregierung zu Polen, Ungarn und Slowenien 15**  
Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5651  
Vorlage 17/5652  
Vorlage 17/5653  
Vorlage 17/5793  
  - mündlicher Bericht der Landesregierung
  - Wortbeiträge

**3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) 20**

Gesetzesentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/14700

Vorlage 17/5713

Einzelplan 02 – Staatskanzlei (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)

Einführung durch den Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten  
sowie Internationales

– Wortbeiträge

**4 Konferenz zur Zukunft Europas: Beteiligung von NRWs Zivilgesellschaft ermöglichen 25**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/14048

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/14048 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD ab.

**5 Die europäische und internationale Zusammenarbeit im Jahr 2021 27**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5798

– Wortbeiträge

**6 Bewerbung des Ruhrgebiets als UNESCO-Welterbe (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion) 28**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5761

– Wortbeiträge

**7 Grenzüberschreitender Hochwasser- und Katastrophenschutz** (*Bericht  
beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*) **32**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5797

– Wortbeiträge

**8 Verschiedenes** **33**

\* \* \*



**1 Die slowenische EU-Ratspräsidentschaft 2021** (*PowerPoint-Präsentation s. Anlage*)

Gast: Seine Exzellenz Franc But  
Botschafter der Republik Slowenien

**Vorsitzender Dietmar Brockes** begrüßt Seine Exzellenz, Franc But, den Botschafter der Slowenischen Republik, der zu TOP 1 zur Verfügung stehen werde.

Es sei eine große Ehre, dass Herr But heute nach Nordrhein-Westfalen in den Landtag gekommen sei. Im Ausschuss sei es Tradition, dass der Botschafter des die Ratspräsidentschaft führenden Landes nach Nordrhein-Westfalen komme – entweder zu Beginn der Ratspräsidentschaft oder auch zu einem Zwischenbericht. Der Ausschuss freue sich darüber, heute mit Herrn But direkt diskutieren zu dürfen.

**Seine Exzellenz Franc But, Botschafter der Republik Slowenien**, gibt einen Bericht, der durch eine PowerPoint-Präsentation unterstützt wird – vgl. **Anlage** zu diesem Protokoll:

Vielen Dank für die Einladung, es ist für mich eine Ehre und Freude. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich etwas nicht korrekt auf Deutsch sage. Seit Juli 2021 hat Slowenien zum zweiten Mal den EU-Ratsvorsitz. Das ist für uns eine große Ehre. Gleichzeitig sind wir uns der großen Verantwortung bewusst, da wir in einer sehr anspruchsvollen Zeit voller Herausforderungen und in der Zeit der Coronapandemie den Vorsitz innehaben. Ich freue mich auch, dass wir zusammen mit Deutschland und Portugal zum zweiten Mal zusammenarbeiten. Unsere Zusammenarbeit ist sehr konkret, auch sehr gut, also ausgezeichnet, kontinuierlich und gründlich. Gemeinsam haben wir für einen Zeitraum von 18 Monaten wichtige Programmrichtlinien entwickelt und für den Zeitraum von Juli bis Dezember 23 festgelegt.

Das Motto ist lange bekannt „Gemeinsam. Widerstandsfähig. Europa.“ Es gibt vier Prioritäten. Die erste ist die Resilienz, Erholung und strategische Autonomie der Europäischen Union. Das Hauptziel Sloweniens besteht darin, die Widerstandsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken, insbesondere in Bezug auf die Pandemien und Cyber-Angriffe, aber auch für andere Arten von Krisen. Wir konzentrieren uns auf den Aufbau der Europäischen Gesundheitsunion. Es geht um keine neue Institution, sondern es geht um eine bessere Koordinierung.

Es geht um vier unterschiedliche legislative Vorschläge, die wir innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten diskutieren. Eine besonders wichtige Funktion spielt die Europäische Kommission. Es geht auch darum, uns auf zukünftige Krisen besser vorzubereiten. Die Mitgliedsstaaten müssen besser koordiniert werden. Auch geht es um andere Fragen wie zum Beispiel Cyber-Angriffe. Wir müssen als EU in der Zukunft besser vorbereitet sein, wenn es um die Versorgung mit Medikamenten, Impfstoffen und medizinischen Ausrüstungen geht, auch in der Industriepolitik sowie der Energie- und Lebensmittelversorgung.

Mit Blick auf die Gesundheitsunion werden zwei wichtige Schritte im Oktober und im Dezember passieren. Wir hoffen, dass bis Ende des Semesters die wichtigsten

Richtlinien auf dem Tisch liegen werden. Dann müssen die Franzosen die Dinge weiter koordinieren.

Bei der Industriepolitik gibt es schon eine gute Basis aus Deutschland. Sie haben in den letzten drei Jahren viel über Industriepolitik diskutiert. Das ist eine gute Basis für die Industriepolitik der Europäischen Union. Dort sind wichtige Fragen, zum Beispiel: In welche Richtung müssen wir in der Zukunft unsere Zusammenarbeit mit China und anderen Wirtschaftspartnern koordinieren? Ist es gut, was wir im Moment tun, ist es genug, was wir im Moment haben? Brauchen wir etwas, was in der Zukunft in der Europäischen Union besser funktionieren kann? Zurzeit können wir als Europäische Union in China nur bis zu 50 % investieren. Chinesische Unternehmen können in der Europäischen Union in fast allen Bereichen investieren.

Der Bereich, der für die Europäische Union in Zukunft wichtig ist, betrifft die Fragen der Energie, der Infrastruktur, alle Bereiche, in denen wir über die europäischen Kenntnisse sprechen. Das sind die Themen, in denen wir eine bessere Koordination und eine neue Politik brauchen. Wir haben noch nicht viel gemacht, aber die Ideen sind auf dem Tisch. Das wird alles noch ein bisschen länger dauern.

Bei Fragen der Digital Transformation haben wir zwei wichtige Akten, den Digital Service Act und die künstliche Intelligenz, ein paar andere noch, Digital Market Act und Daten-Governance-Act. Wir haben ein paar Vorschläge, die jetzt in unterschiedlichen Arbeitsgruppen diskutiert werden.

Dann gibt es die Frage, Fit for 55. Für die slowenische Ratspräsidentschaft ist es eine wichtige Priorität. Sie wird sich für den grünen Übergang als eines der wichtigsten Prioritäten einsetzen. Wir werden eine größere Anzahl von Legislativvorschlägen in diesem Bereich in Angriff nehmen. Unser Ziel ist es, so schnell wie möglich eine Diskussion über die verschiedenen Dossiers des Pakets einzuleiten. Ich glaube, dass die slowenische Präsidentschaft ein solides Fundament legen wird, auf dem künftige Präsidentschaften in der Lage sein werden, eine Einigung im Rat zu erzielen. Das wird nicht so einfach sein.

Laut den Vorstellungen des Pakets auf dem informellen Treffen der Umweltminister im Juli planen wir, in allen Arbeitsgruppen intensive Diskussionen über die legislativen Vorschläge zu führen. Wir planen die ersten politischen Diskussionen in den zuständigen Ratsformationen im Herbst zu führen mit dem Rat, Umwelt, am 6. Oktober. Wir wollen insbesondere sicherstellen, dass die Diskussionen über das Paket ausgewogen und miteinander verknüpft sind. Wir werden uns darum bemühen, dass das Paket als Ganzes neben den einzelnen Vorschlägen betrachtet wird, wobei die Verflechtung der Vorschläge berücksichtigt wird.

Die zweite Priorität ist die Konferenz zur Zukunft Europas. Das ist eine gemeinsame Verantwortung der Ratspräsidentschaft, zusammen mit den Mitgliedsstaaten, dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission. Im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas findet eine breite öffentliche Debatte über die wichtigsten Herausforderungen statt, die Europa in den nächsten Jahren bewältigen muss. Der Zweck ist, den Bürgern die Europäischen Themen nahezubringen und ihnen

die Möglichkeit zu geben, ihre Meinung zu zentralen Fragen der gemeinsamen Zukunft zu teilen.

Slowenien spielt die Rolle in der gemeinsamen EU-Präsidentschaft, bei der Konferenz über die Zukunft Europas, wobei es auch im Rat den Exekutivausschuss vertritt und eine angemessene Rolle des Rates und seiner Mitgliedsstaaten in diesem Prozess gewährleistet. Zwei Plenarsitzungen sind bis zum Ende des Jahres geplant, Ende Oktober und Mitte Dezember. Die letzte geplante Plenartagung wird während der Französischen Präsidentschaft stattfinden. Alle vier europäischen Bürgerpanels werden ab Mitte September ihre Arbeit aufnehmen, die ersten beiden, die stärker der Wirtschaft und Europäische Demokratie gewidmet sind, werden ihre Arbeit abschließen und dem Plenum im Dezember Vorschläge unterbreiten. Die beiden anderen Umwelt, EU und die Welt werden während der Französischen Präsidentschaft fortgesetzt.

Die Slowenische Präsidentschaft strebt eine integrative und offene Debatte an, die es allen Bürgern und Interessengruppen ermöglicht, sie an diesen Prozess der Gestaltung der Zukunft des europäischen Projekts zu beteiligen und ihre Ansichten zu äußern. Das letzte Digit Forum 2021, eine der wichtigsten Konferenzen für internationale Angelegenheiten in Regionen von Zentraleuropa und des südwestlichen und südlichen Europas, war ebenfalls ganz der Zukunft Europas gewidmet mit mehr als 20 Podiumsdiskussionen. Sehr wichtig waren die Diskussionen über die Zukunft der Jugendlichen. Auch die Partner aus den Westbalkanländern sind dagewesen. Das ist uns auch sehr wichtig.

Die dritte Priorität ist eine Union, die die europäische Lebensweise, Rechtsstaatlichkeit und gleiche Maßstäbe für alle fördert. Das ist eine sehr wichtige Priorität. Das betrifft verschiedene Mechanismen der Europäischen Union im Bereich der Rechtsstaatlichkeit. Slowenien wird seine Aktivitäten, sein aktives Engagement fortsetzen, indem es den zweiten Jahresbericht der Europäischen Union zur Rechtsstaatlichkeit im EU-Rat in Form von zwei Debatten, einer allgemeinen im Oktober und einem länderspezifischen Treffen mit fünf Mitgliedsstaaten im November, behandelt. Wir sind in unserem Semester für fünf länderspezifische Diskussionen zuständig. Wir haben eine Liste der fünf Länder.

Ab und zu liest man in Deutschland Diskussionen über die Frage der Rechtsstaatlichkeit in den unterschiedlichen Ländern, in Slowenien und anderen. Für uns ist die Frage der Rechtsstaatlichkeit in Slowenien eine Grundlage der europäischen Werte, denen wir uns verpflichtet fühlen. Natürlich findet man Unterschiede zwischen den neuen und alten Mitgliedsstaaten. In ehemaligen kommunistischen Ländern, in neueren oder jüngeren Mitgliedsstaaten ist die Spaltung zwischen der einen und anderen Seite ab und zu noch sehr präsent. Diese Spaltung ist manchmal logisch, manchmal nicht.

Die Regeln müssen für uns alle gleich sein. Das ist sehr wichtig. Für ein besseres Verständnis brauchen wir auch die anderen, mit der Geschichte verbundenen Kenntnisse, wenn wir über die Realität im Moment sprechen. Diese Frage ist äußerst wichtig und eine wichtige Basis für die Zukunft der Europäischen Union. Wir müssen über die Dinge direkt und klar sprechen mit Verständnis für die Gründe,

warum links- oder rechtsorientierte Teile der Gemeinden in ein paar Ländern so getrennt sind.

Die letzte Priorität ist eine glaubwürdige und sichere Europäische Union, die auch die Sicherheit und Stabilität in der Nachbarschaft gewährleisten kann. Das sind wichtige, komplizierte Themen. In diesem Zusammenhang ist die neu vorgestellte Strategie für einen voll funktionstüchtigen und widerstandsfähigen Schengenraum von besonderer Bedeutung. Wir wollen die Verhandlungen über den Pakt über Migration und Asyl vorantreiben. Wir werden uns weiterhin um politischen Konsens für die Umsetzung des Konzeptes der Solidarität und Verantwortung bemühen mit dem Ziel, die Verhandlungen über legislative und nicht legislative Rechtsakte abzuschließen, soweit dies möglich ist. Wir möchten insbesondere die Arbeit an der externen Dimension der Migration ausbauen. Wir arbeiten an der Operationalisierung für eine für beide Seiten vorteilhafte Partnerschaft mit den wichtigsten Drittländern.

Nach den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Juni haben wir mit der Umsetzung der Aktionspläne begonnen, die von der Kommission vorbereitet werden. Es fanden bereits zwei ungeplante Treffen zu den Themen Migration und Sicherheit, etwa zur Lage an der Grenze zu Belarus und zur Lage in Afghanistan, statt, dann eine außerordentliche Sitzung der Innenminister Ende August. Afghanistan war auch ein Hauptthema des informellen Treffens der Außenminister und eines Treffens der Verteidigungsminister, Anfang September in Slowenien.

Alle Situationen zeigen einmal mehr, dass wir ein umfassendes und gemeinsames EU-Konzept für diese Fragen brauchen, um das richtige Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität zu finden, ohne neue Pull-Faktoren zu schaffen. Das ist der Schlüssel für die künftige Migrationspolitik sowie für die Arbeit an der externen Dimension. Es ist klar, wir haben unterschiedlichen Meinungen zurzeit in der Europäischen Union. Eine Gruppe der Länder hat ein anderes Verständnis über die Fragen von Solidarität und Verantwortung. Auf der anderen Seite gibt es andere Gruppen. Das ist eine der Kernfragen der Europäischen Union. Ohne Kompromiss wird die Frage der Zukunft der Europäischen Union problematisch sein.

Bei der letzten Priorität geht es um die Frage des Erweiterungsprozesses mit den Westbalkanländern. Ich war selbst vier Jahre Botschafter in Belgrad. Ich weiß, wie sensibel und kompliziert diese Fragen sind und welche unterschiedlichen Meinungen die Westbalkanländer haben. Bulgarien ist ein Mitgliedsstaat der Europäischen Union, ein Partnerland. Wir sind gute Freunde. Zurzeit ist gibt es einen Konflikt zwischen Bulgarien und Nordmazedonien. Eine klare Idee – das ist Kernziel der Slowenischen Ratspräsidentschaft und der Trio-Ratspräsidentschaft, also auch von Deutschland und Portugal – ist, eine Inter-Government-Conference zwischen der Europäischen Union und Nordmazedonien, gleichzeitig auch eine andere mit Albanien durchzuführen.

Nordmazedonien hat 14 Jahre auf Griechenland gewartet. Nach 14 Jahren haben wir den Kompromiss geschafft. Jetzt heißt es nicht mehr Mazedonien, sondern Nordmazedonien. Jetzt haben wir ein Problem zwischen Bulgarien und Nordmazedonien. Es geht um die Geschichte, es geht nicht um die Zukunft.

Es ist eine Frage der Identität und eine Frage der Sprache. In Bulgarien meint man, die mazedonische Sprache sei eine Form der bulgarischen Sprache. Die Mazedonier hätten nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg eine bulgarische Identität bekommen. Das ist ein Konflikt. Wir kommen nicht weiter. Gleichzeitig haben wir ein Problem, in Bulgarien haben wir keine Gesprächspartner. Zum dritten Mal werden sie das Parlament wählen.

Zurzeit haben wir, Gott sei Dank!, eine Einigung für Albanien. Wir können jetzt die Konferenz mit Albanien organisieren. Gleichzeitig sagen wir, es ist falsch, weiter nur mit einem Land zu verhandeln und Nordmazedonien alleine zu lassen. Wir fragen uns, ob wir in ein paar Monaten eine Zustimmung zum Erweiterungsprozess mit Albanien auch vonseiten der Mitgliedsstaaten bekommen können, die nicht zufrieden sind mit Albanien. Wir glauben noch immer, wir können diese zwei Konferenzen bis Ende Dezember organisieren. Dann fragen wir, ob wir weiter mit diesen Entkopplungs-Prinzipien fortsetzen und nur mit Albanien verhandeln. Das kann ein weiterer Grund für einen neuen Konflikt in der Region sein.

Unsere Meinung ist, keine Spaltung. Wir müssen einen Kompromiss mit Bulgarien suchen. Wir haben ein paar Vorschläge. Auch Bundeskanzlerin Merkel ist da sehr aktiv. Sie war in der letzten Periode in Serbien und in Tirana zu einem Gespräch. Nächste Woche, am 5. und 6. Oktober, organisieren wir in Brdo pri Kranju in Slowenien einen Gipfel, den EU-Westbalkangipfel mit allen EU-Führern, auch Bundeskanzlerin Merkel und mit allen Westbalkanpräsidenten. Wir diskutieren zum dritten Mal über die Deklaration. Wir sind daran interessiert, eine konkrete Deklaration zu haben. Es befindet sich noch im Arbeitsprozess. Wichtig sind noch einmal klare EU-Perspektiven für den Westbalkan. Wir hoffen, dass die Ergebnisse aus dem Berlinprozess aus dem Juli diskutiert werden. Wir hoffen, wir haben bis nächste Woche eine Einigung. Das Problem zurzeit ist, der Dialog zwischen Serbien und Kosovo geht sehr langsam weiter. Da tut sich nichts aufgrund der letzten Konflikte an der Grenze. Seit gestern haben wir wohl eine Lösung für den Konflikt und keine Eskalation.

**Vorsitzender Dietmar Brockes** bedankt sich bei dem Botschafter. Das sei ein großer Blumenstrauß an Themen. Viele Aufgaben stünden an. Es liege eine große Verantwortung auf dem Land Slowenien. Er wolle jetzt in die Fragerunde einsteigen. Er habe gesehen, dass die Ausführungen auf großes Interesse der Kollegen gestoßen sei. – Als Erster habe sich Kollege Krauß gemeldet.

**Oliver Krauß (CDU)** bedankt sich als Sprecher der CDU-Landtagsfraktion für Europa und Internationales für die Ausführungen, für die Darstellungen, auch ein Kompliment für die Kenntnisse der deutschen Sprache. Wenn er bedenke, wie viele Sprachen der Botschafter sonst noch beherrsche, habe er hohen Respekt davor. Er begrüße es, dass man hier direkt und klar spreche. Herr But habe die Rechtsstaatlichkeit angesprochen, die ein Fundament der Europäischen Union sei. Da müssten die Regeln für alle gleich sein. Es gebe keine Rechtsstaatlichkeit „light“.

Er habe verstanden, Herr But werbe um Verständnis für die geschichtliche Situation der jüngeren EU-Mitgliedsstaaten, die sich alle verpflichtet hätten, diesen Zielen zu folgen. Er hoffe weiterhin, dass man da auf einen Nenner komme. Die Gespräche, die man führe, die der Botschafter heute auch mit dem Ausschuss führe, würden dabei helfen, dass man auf einen gemeinsamen Nenner komme.

Er habe zwei Fragen. Slowenien bilde bekanntlich mit Deutschland und Portugal die Trio-Präsidentschaft. Viele Themen seien bereits angestoßen worden im gemeinsamen Programm. Er frage, ob ein Vorhaben noch bis Ende des Jahres umgesetzt werden solle.

Seine zweite Frage betreffe den vom Botschafter genannten Punkt „robustes Management der Außengrenzen“. Die Migrationspolitik sei ein fortlaufender Streitpunkt. Die Problematik an der litauischen Grenze habe erneut vor Augen geführt, wie dringlich da eine Lösung sei. Er frage, ob man da schon Fortschritte erzielt habe, beziehungsweise wo es da noch hake. Natürlich hoffe er, dass der Westbalkangipfel am 6. Oktober erfolgreich verlaufe.

**Johannes Remmel (GRÜNE)** bedankt sich dafür, dass S.E. der Botschafter bereit sei, mit dem Ausschuss zu diskutieren und den Austausch suche. Auch bedanke er sich für die umfangreiche Präsentation.

Herr But habe den Prozess „Fit for 55“ erwähnt. In den Unterlagen habe er lesen können, dass im Rahmen der Präsidentschaft Leitlinien für die Umsetzung der EU-Klimaziele vorgelegt werden sollten. Er frage, ob es schon eine konkrete Vorstellung gebe, wann die Leitlinien vorgelegt werden sollten, auch vor dem Hintergrund, dass es in diesem Jahr noch eine große Klimakonferenz in Glasgow geben werde. Ihn interessiere, ob das noch auf dem Weg dahin sei, wie da die zeitliche Vorstellung aussehe.

Seine zweite Frage sei etwas kritischer. Kollege Krauß habe auf die Frage Rechtsstaatlichkeit hingewiesen. Auf der Website zu Sloweniens Ratspräsidentschaft sei zu lesen – er zitiere wörtlich –:

„Zudem wollen wir zeigen, wie die Rechtsstaatlichkeit unter der Achtung nationaler Verfassungsordnungen und Traditionen weiterentwickelt werden kann.“

Ihn interessiere, wo aus Sicht des Botschafters mögliche Widersprüche zwischen Rechtsstaatlichkeit und nationalen Traditionen seien, die sich ergänzen müssten. Nationale Verfassungen könne er noch einordnen, aber Traditionen könne er schlecht fassen im Verhältnis zur Rechtsstaatlichkeit. Er frage, ob Herr But Hinweise habe, wie man sich da vielleicht annähern könne.

**Thomas Nüchel (FDP)** möchte bei diesem Punkt anknüpfen. Er habe es so verstanden, dass Herr But um Verständnis bitte, dass die Länder, die jahrzehntelang unter einem sozialistischen System gelebt hätten, einfach länger bräuchten, um den Rechtsstaat, das Wertemodell der EU befolgen zu können. Wenn das so sei, dann frage er, wie der Botschafter es einschätze, wie lange das dauere.

Zweiter Punkt: Slowenien habe sich auch zum Ziel gesetzt, die transatlantischen Beziehungen der EU zu stärken. Jetzt sei das Timing durch den geplatzten U-Boot-Deal schlecht gewesen, sodass jetzt zwischen Paris, Brüssel und Washington schlechte Stimmung herrsche. Andererseits habe Afghanistan viel Vertrauen in das transatlantische Verhältnis zerstört. Er frage, wie Herr But das einschätze.

Zum Westbalkan habe er die Frage, ob der Botschafter einschätzen könne, wie lange da noch Frust geschoben werde, wie lange sich Bulgarien noch dagegenstellen werde. Man möge fast glauben, dass das nur gelöst werden könne, wenn sich Nordmazedonien noch einmal umbenenne in Nord-West-Mazedonien. Er frage, wie Herr But es einschätze, ob unter französischer oder slowenischer Präsidentschaft da noch Bewegung hineinkomme.

Herr Nückel kommt auf die Bucht von Piran zu sprechen. Slowenien habe durch den Schiedsspruch in der EU einen Zugang bis in die internationalen Seegewässer der Adria bekommen. Kroatien akzeptiere das nicht ganz. Der Europäische Gerichtshof habe eine Befassung abgelehnt, weil er sich nicht als zuständig sehe. Er frage, ob es da doch zu einer Entspannung gekommen sei.

**Josef Neumann (SPD)** bedankt sich bei Seiner Exzellenz, Herrn Botschafter But, für den Vortrag. Er habe zwei Nachfragen, einmal eine Nachfrage zum Prozess zur Zukunft Europas. Er wüsste gerne, wie Herr But den aktuellen Prozess und vor allem bewerte, wie man auf den nationalen Ebenen vorankomme.

Herr But habe das neue europäische Institut für Demokratie auf dem Chart aufgeführt. Er frage, wie die Verankerung dieses Institutes auf der Ebene der Nationalstaaten erfolgen solle, wie der Prozess zwischen dem Institut, der EU und den Nationalstaaten laufen solle.

**Seine Exzellenz Franc But, Botschafter der Republik Slowenien**, legt dar, die Idee der Ratspräsidentschaft Sloweniens sei, mit dem Institut für Demokratie die unterschiedlichen Meinungen und Verständnisse zwischen den zentraleuropäischen Ländern näherzubringen. Da gehe es um Zusammenarbeit mit einer dritten Seite. Man müsse auch jemanden einladen, der nicht Teil der Europäischen Union sei. Man sollte auch die einbeziehen und mehr Verständnis zwischen den unterschiedlichen Meinungen zulassen.

Nun sei gefragt worden, inwieweit die Tradition, die unterschiedliche Geschichte eines Staates dabei eine Rolle spielten, ob jemand mehr Zeit brauche oder nicht. Die Idee sei, alle müssten die Rechtsstaatlichkeit gleich interpretieren und implementieren. Es dürfe keine Verspätungen geben. Es gehe ihm um das Verständnis, warum in einigen Ländern nicht nur die Politiker, sondern auch die Bürger unterschiedliche Meinungen über etwas hätten. Das habe nichts zu tun mit der Rechtsstaatlichkeit.

In Slowenien sei der Ministerpräsident zum dritten Mal Ministerpräsident geworden. Er werde oft kritisiert. Das Problem sei, dass die Bevölkerung in den Ländern sehr unterschiedlich sei, die Meinungen gingen oft auseinander. Problem sei, dass die politische Orientierung in manchen Ländern stark mit der Geschichte verbunden sei, zum Beispiel

mit der kommunistischen Periode, mit dem Zweiten Weltkrieg oder auch mit der Frage, welche Rolle die Kirchen spielen sollten. Diese Fragen seien oft Basis für die politische Orientierung. Es sei nicht gut, wenn jemand sage, er sei Sozialdemokrat, weil er gegen die Kirche sei oder weil er für die Partisanen im Zweiten Weltkrieg spreche, oder man sei Christdemokrat, weil man mehr für die Kirche sei und die andere Seite im Zweiten Weltkrieg besser verstehe. Er könne nur über Slowenien sprechen.

Viele Länder in der Europäischen Union bräuchten Hilfe, um sich auch mit der anderen Seite zu harmonisieren, um vor allem die andere Seite besser zu verstehen. Die Spaltung der Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union, besonders wenn es um Fragen der Migration gehe, sei gefährlich. Viele Vereinigungen seien nach der Demokratisierung Europas passiert. Der Erweiterungsprozess der Europäischen Union mit den zentraleuropäischen Ländern sei ein historischer Wendepunkt für Europa.

Nach 30 Jahren brauche man eine neue Vertiefung der Zusammenarbeit. Wenn man über Spaltungen spreche, spreche man über eine problematische Zukunft der Europäischen Union. Er sei nur Botschafter und könne nicht direkt darauf antworten. Es gehe weniger um die Frage, ob man mehr oder weniger Zeit brauche. Es gehe um die Frage, dass alle die Regeln respektieren müssten. Die Fragen der Rechtsstaatlichkeit seien die Basis. Über diese Fragen dürfe man nicht diskutieren. Es gehe darum, die Gründe für die unterschiedlichen Probleme zu verstehen.

Wenn es etwa um Fragen der Pressefreiheit gehe, da sei auch da die Situation sehr unterschiedlich. Man könne nicht die Situation in Slowenien mit der Situation in Ungarn vergleichen. Die Medien in Ungarn seien anders strukturiert. In Slowenien seien alle Medien gegen den Ministerpräsidenten. In Slowenien sei die Kommunikation vielleicht besser, 40 % der Bevölkerung meinten, die Medien würden die Meinungen der Bevölkerung nicht widerspiegeln. Das sei auch keine gegen die Rechtsstaatlichkeit gerichtete Meinung.

Er sei als Christ sehr unglücklich, weil es in Slowenien Leute gebe, die die politische Orientierung auf dieser Basis verstünden. Wenn er mit den politischen Kollegen in Slowenien spreche, dann sage er, dass es in Deutschland nicht unmöglich sei, dass ein Ministerpräsident, der aus der linken Partei komme, gleichzeitig ein guter Christ sei. Das sei in Slowenien unmöglich. Die Länder in Europa bräuchten eine Normalisierung auf dieser Seite.

Zu „Fit for 55“: Die nächsten Schritte seien schon konkreter. Er könne die Kollegen in Ljubljana fragen, um die konkreten Daten für die unterschiedlichen Schritte zu erfahren. Das könnte er schriftlich beantworten. Die erste Runde der Diskussionen solle bis Mitte Dezember stattfinden. Bei der Frage der Migration gebe es konkrete Schritte, einige seien mit Frontex verbunden. Es werde über einige Dokumente diskutiert.

Der nächste Schritt im Namen der Slowenischen Ratspräsidentschaft sei die Eurodac-Verordnung. Ziel sei eine allgemeine Ausrichtung auf der Dezentertagung des Rates für Justiz und Inneres, des Weiteren gehe es um die Verordnung über die Kontrolle von Drittstaatsangehörigen an den Außengrenzen, die Schengener Verordnung. Das solle auch auf der Oktobertagung des Rates für Justiz und Inneres behandelt werden. Die sogenannte Asylverfahrensverordnung werde auch erörtert. Slowenien beabsichtige,

gegen Ende des Ratsvorsitzes, auf der letzten Tagung im November oder in den ersten zwei Wochen im Dezember, einen Kompromissvorschlag vorzulegen, je nach Fortschritt auch bei anderen Dossiers.

Die Verordnung über die Verwaltung von Asyl- und Migration: Die zweite Lesung des Vorschlags werde bereits in der Arbeitsgruppe Asyl behandelt. Das werde während des Ratsvorsitzes beschlossen werden. Es sei beabsichtigt, den Vorschlag auf technischer Ebene weiter zu verfolgen. Die Frage der Solidarität sei auf politischer Ebene zu behandeln. Diese Fragen würden die Vorsitzenden in den nächsten Wochen in Slowenien diskutieren.

Am 6. Oktober finde der EU-Westbalkangipfel statt. Am 5. Oktober finde dann ein informelles Treffen der EU-Führungsspitzen statt. Sie würden über viele Themen diskutieren, etwa Afghanistan, oder auch den Pakt zwischen USA, UK und Australien und China und den Migrationspakt.

Wie lange das Problem zwischen Bulgarien und Nordmazedonien dauere: Momentan gebe es niemanden als offiziellen Gesprächspartner. Trotzdem diskutiere man mit unterschiedlichen Parteien. Es gebe nur eine Frage, bei der die bulgarischen Parteien sich einig seien, und das sei die Position gegen Nordmazedonien. Der einzige Gesprächspartner seit momentan der Präsident der Republik. Es gebe eine Kommission zwischen zwei Ländern, die für diese Fragen, die auch die Geschichte aufgriffen, zuständig seien. Die Idee sei, dieser Kommission eine neue Verantwortung zu geben, auf Arbitrage zu gehen und den Erweiterungsprozess fortzusetzen. Wenn man das nicht mache, komme es zu mehr Problemen.

Seit einigen Wochen habe man auch die Daten, welche Ideen gerade die jüngeren Menschen vom Westbalkan, südlich von Kroatien hätten, Bosnien bis Albanien. Mehr als 50 % der Leute, die jünger als 25 Jahre seien, hätten nur ein Kernziel, so schnell wie möglich in die Europäische Union zu gehen, aber nicht als Albaner oder als Bosnier, sondern als individuelle Personen, um dort eine Zukunft zu finden. Das seien die Daten, die sehr problematisch seien. Er hoffe, dass man bis Ende Dezember weiterkomme, da sei er sich aber nicht sicher. Ansonsten hätte man ein kleines Wunder. Man müsse ja optimistisch bleiben.

Was die Beziehung zwischen Slowenien und Kroatien angehe, so sei das Thema nicht klar mit der Ratspräsidentschaft verbunden. Heute sei Gelegenheit, über alles zu diskutieren. Die Arbitrage sei eine Basis für den Erweiterungsprozess mit Kroatien. Man habe eine Lösung und zum ersten Mal eine Grenze in der Bucht von Piran. Slowenien sei in der Geschichte zunächst Teil des Heiligen Römischen Reiches gewesen, dann Teil der Habsburger-Monarchie bis Ende des Ersten Weltkrieges. Kroatien ohne Istrien sei Teil von Ungarn gewesen. Es habe keine Grenze in der Bucht von Piran gegeben. Zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg sei der westliche Teil Sloweniens, die Grenze mit Italien, 15 Kilometer westlich von Ljubljana gewesen, zusammen mit Istrien und Teilen Dalmatiens ein Teil von Italien.

Im Ersten Weltkrieg seien die Slowenen Österreicher gewesen, dann habe man den Krieg verloren und auch Territorien verloren. Nach dem Zweiten Weltkrieg habe es zunächst eine Zone A und B gegeben, dann die Sozialistische Republik Jugoslawien

mit vielen Republiken, mit einer Grenze zwischen Slowenien und Kroatien, es habe aber keine Grenze auf der See gegeben. Jetzt bekomme man zum ersten Mal in der Geschichte eine Grenze auf der See. Jetzt gebe es eine Lösung. Die Freunde in Kroatien wollten das zurzeit noch nicht implementieren. Beide Seiten hätten gesagt, das sei das Resultat von Arbitrage. Die letzten zwei Jahre sei das überhaupt kein Problem gewesen. Es sei allerdings noch nicht implementiert. Slowenien pflege mit Kroatien gute Beziehungen in allen anderen Bereichen. Man sei wirtschaftlich eng miteinander verbunden. Viele Slowenen seien Touristen in Dalmatien im Sommer, die Kroaten kämen im Winter nach Slowenien als Skifahrer. In den letzten 20 Jahren würden die beiden Länder freundschaftliche Beziehungen pflegen wie nie zuvor. Niemand diskutiere über diese Fragen. Er hoffe, in ein paar Jahren würden die Kroaten das implementieren. Man sei Nachbarn und werde es für immer bleiben.

**Vorsitzender Dietmar Brockes** legt dar, der Botschafter habe umfassend geantwortet. Er frage, ob es aus der Runde weitere Nachfragen gebe. – Das sei nicht der Fall. Er bedanke sich bei seiner Exzellenz, dem Botschafter, dass er heute dem Ausschuss zur Verfügung gestanden habe. Es sei deutlich geworden, wie viele wichtige Aufgaben in Europa anstünden. Er hoffe, dass Slowenien während der Ratspräsidentschaft viele wichtige Punkte lösen könne. S.E. Herr But habe mitnehmen können, dass es auch für Nordrhein-Westfalen sehr wichtig sei, dass die Europäische Union auch eine Wertegemeinschaft sei. Herr But habe deutlich gemacht, wie wichtig es ihm sei, dass diese Wertegemeinschaft auch weiterhin im Mittelpunkt der Europäischen Union stehe. Er bedanke sich und wünsche Slowenien viel Erfolg während der Ratspräsidentschaft.

(Vorsitzender Dietmar Brockes überreicht dem Botschafter einen Briefbeschwerer des Landtags Nordrhein-Westfalen.)

**Seine Exzellenz Franc But, Botschafter der Republik Slowenien**, merkt an, Nordrhein-Westfalen sei Slowenien besonders wichtig. Hier lebten viele Slowenen, die integriert seien, Teil der Gesellschaft seien. Nordrhein-Westfalen sei auch immer Nummer eins oder zwei gewesen, wenn es um die wirtschaftliche Zusammenarbeit gehe.

Der Anteil Nordrhein-Westfalens am Handel mit Slowenien betrage 20 %. Slowenien sei exportorientiert. Deutschland bedeute viel für Slowenien, auch Nordrhein-Westfalen bedeute viel. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

## 2 Die Beziehungen der Landesregierung zu Polen, Ungarn und Slowenien

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5651  
Vorlage 17/5652  
Vorlage 17/5653  
Vorlage 17/5793

### Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEi) trägt vor:

Ich habe mich in meiner Regie etwas anders vorbereitet. Ich habe weitere Aussagen über die Politik der Landesregierung, was die europäischen Nachbarn, die internationale Zusammenarbeit betrifft, mit den Haushaltsansätzen verbunden. Da würde ich längere Ausführungen machen. Ich würde mich über eine Diskussion freuen unter diesem Tagesordnungspunkt, wobei wir immer, ob es um Kooperationen mit Polen, mit Ungarn, mit Slowenien oder mit anderen Nachbarstaaten, auch um den Westbalkan, den sogenannten Erweiterungsstaaten, geht, vom gleichen Ansatz ausgehen, dass wir als Thema die EU-Verträge, die Verpflichtung zur Rechtsstaatlichkeit, zur Gewaltenteilung, zur Freiheit der Zivilgesellschaft, zur Meinungsfreiheit, Einschränkung der Pressefreiheit haben.

Wir haben in den letzten Tagen noch eine Reise machen können nach Dublin, nach Nordirland und nach Schottland, weil uns die Zeit auch nach dem Brexit sehr interessiert, die Frage Binnenmarkt interessiert, die Frage der Mitarbeit im Vereinigten Königreich interessiert. Ich schlage vor, nicht die einzelnen Reisen zu betrachten, wie zum Beispiel die Reise nach Warschau oder die Reise nach Budapest oder die Reise nach Nordmazedonien, sondern vor allem diesen Ansatz.

Ich könnte einige Dinge aus den schriftlichen Berichten wiederholen. Wenn wir Einvernehmen haben, würde ich auf die jeweiligen Länder eingehen, zusammen mit den Herausforderungen, die wir dort haben. Wenn ich zum Beispiel über Montenegro spreche, spreche ich genauso über Kosovo und Serbien und die Abhängigkeiten bis hin zu den handelnden Personen. Wenn es einvernehmlich ist, dass wir so verfahren, würde ich jetzt vielleicht auf Fragen oder Einwände eingehen und nicht das wiederholen, was wir schriftlich vorgelegt haben.

**Johannes Remmel (GRÜNE)** bedankt sich für die Berichte zu Polen, Ungarn und Slowenien. Sie enthielten wichtige Informationen über die Abfolge und die Termine.

Der Minister habe in der letzten Sitzung den Hinweis gegeben, dass man das doch zusammen unter der Überschrift „Visegrad-Staaten“ diskutieren sollte.“ Es sei auch ein Bericht nachgeliefert worden, er sei zu dieser Sitzung eingegangen. Er habe allerdings nicht den Kern verstanden, was die Botschaft an dieser Stelle sei. Insofern wolle er den Minister fragen, ob er das vielleicht kurz und knapp noch einmal erläutern könne. Er müsse nicht das wiederholen, was er in den Berichten geschrieben habe.

Er sei sehr gespannt gewesen, nachdem der Minister beim letzten Mal gesagt habe, er wolle einen eigenen Bericht dazu machen. Ihn interessiere, was die Botschaft an dieser Stelle sei. Ganz konkret interessiere ihn die Bewertung hinsichtlich des Rechtsstaatsmechanismus, warum der noch nicht angewendet worden sei. Der Minister sei nicht verantwortlich. Er frage aber, wie er das bewerte. Die Verstöße seien offenkundig. Die Kommission wende aber den Mechanismus nicht an, sondern scheine auf das Urteil des EuGH zu warten, obwohl beispielsweise auch das Europaparlament einschließlich der EVP-Fraktionen die Aufforderung gestellt habe, den Mechanismus anzuwenden. Ihn würde besonders interessieren, wie da die Haltung der Landesregierung sei.

Die dritte Frage beziehe sich auf Slowenien, den sehr kurzen Bericht. Da werde die Rechtsstaatsfrage nicht angesprochen. Er frage, wie da die Einschätzung sei. Da gebe es auch die eine oder andere Diskussion. Auch würde ihn interessieren, ob innerhalb des Weimarer Dreiecks diese Fragestellung eine Rolle spiele, ob es dazu einen Arbeitsprozess gebe.

**Josef Neumann (SPD)** bedankt sich für die Berichte. Klar sei, dass die Rechtsstaatlichkeit die Grundlage der gesamten europäischen Zusammenarbeit sei. Wenn die Mechanismen zur Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit auf der Staatenebene nicht eingehalten würden, dann würden sie erst recht nicht eingehalten auf den Zwischenebenen oder den kommunalen Ebenen oder den regionalen Ebenen.

Wenn er etwa erinnere an die aktuelle Situation der „LGBTQ-freien Zone“ nicht nur in Polen, aber vor allem in Polen, dann zeige das, dass sich viele einfach über das Recht hinwegsetzten. Man merke, alle anderen schienen die Mechanismen auch nicht so ernst zu nehmen, also verfolge man das weiter. Entweder gebe es Spielregeln, die eingehalten würden, oder es gebe keine. Nun werde irgendwann der Polnische Verfassungsgerichtshof entscheiden, ob das europäische Recht überhaupt Recht sei, was ins nationale Recht greife. In Ungarn erlebe man dasselbe.

Er könne nur sagen, aus dem, was man vor Ort an Berichten zur Rechtsstaatlichkeit bekomme, könnten einem die Haare ganz schön grau werden. Es sei wichtig, dass das Land – das werde auch in dem Bericht deutlich – bei diesen Themen immer vorne stehe, wenn es darum gehe, das nach vorne zu bringen. Wenn man den Mechanismus zur Durchsetzung nicht nutze, lasse man zu, dass das Recht anders ausgelegt werde, als es eigentlich sein müsste. Und das sei, finde er, inakzeptabel. Dagegen müsse man sich wehren.

**Oliver Krauß (CDU)** bedankt sich bei der Landesregierung auch für den ergänzenden Bericht zur Rechtsstaatlichkeit in der EU. Er könne sich den Ausführungen des Kollegen Neumann umfänglich anschließen, was die Rechtsstaatlichkeit anbelange. Nun sei er verwundert, dass Herr Rimmel die Botschaft der Landesregierung, die sie hier klar setze, wie wichtig ihr das Thema Rechtsstaatlichkeit in der EU sei, nicht verstanden habe. Diese Haltung der Landesregierung unterstütze seine Fraktion ausdrücklich. Er sehe hier ein klares Bekenntnis zur EU als Wertegemeinschaft und zur Rechtsstaatlichkeit als Fundament der EU.

Nun möge es sein, dass er sich juristisch mehr damit befasst habe, weil es ihn genauso ärgere, dass dieser Rechtsstaatsmechanismus noch nicht greife. Im vergangenen Jahr hätten die Koalitionsfraktionen den Antrag gestellt, Rechtsstaatlichkeit in Europa zu schützen. Darin habe man sogar darauf gedrängt. Beim Grundtenor sei hier Konsens gewesen. Er sei genauso unzufrieden mit der derzeitigen Situation. Nur da müsse er sagen, dass man noch auf ein Urteil des EuGH warte. Diese Spielregeln müsse man leider einhalten. Und wenn das Urteil des EuGH da sei, dann könnten nach seinen Informationen die Anwendungsrichtlinien fertiggestellt werden. Insofern sei da die Landesregierung der schlechteste Ansprechpartner. Man müsse jetzt die Judikative sprechen lassen.

Er habe den Berichten der Landesregierung entnommen, dass die Entwicklungen in Polen, Ungarn und Slowenien sorgsam verfolgt werden müssten. Da sei man dabei. Die Antwort vieler EU-Mitgliedsstaaten sei erfreulich, auch die Antwort der Zivilgesellschaft auf das ungarische Gesetz, das die mediale Darstellung von Homo- und Transsexualität verbiete – das sei ein starkes Zeichen gegen die Intoleranz und gegen jegliche Diskriminierung. Das sei Europa. Das sei auch deutlich geworden. Dieses gemeinsame Wertefundament, das die Landesregierung skizziert habe, werde benötigt. Verstöße müssten konsequent geahndet werden.

**Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI)** kommt auf die Fragen von Kollegen Rimmel und Neumann zurück. In dem Tagesordnungspunkt gehe es um die Beziehungen zu Ungarn, Slowenien und zu Polen. Er habe zu Beginn versucht zu erklären, dass er den Wunsch habe, das nicht einzeln zu verhandeln, weil zum Beispiel Ungarn und Polen gar nicht zu vergleichen seien, auch nicht in der Problematik, die man in der EU gemeinsam mit den Staaten habe. Den Botschafter von Slowenien kenne er schon lange und gut.

Er weise darauf hin, dass der polnische Ministerpräsident allergrößten Wert darauf lege, nicht mit Ungarn verglichen zu werden. Das begründe er auch eindeutig, indem er sage, die ungarische Regierung sei hoch korrupt. Das sei Polen nicht. Man wolle mit denen nichts zu tun haben. Das sei insoweit wichtig, weil ein politischer Ansatz über Konservatismus in Polen angebracht sei, vor allem über die Partei rechts der PiS, die zum Beispiel auch die Next-Generation-EU-Gelder nicht haben wolle. Das sei ein völlig anderer Ansatz als zum Beispiel Ungarn, die die EU-Gelder nähmen, sie dem Präsidenten von Slowenien geben würden, damit er den freien Zeitungsmarkt aufkaufen könne. Das habe für ihn insoweit eine große Bedeutung, weil die Gefährdungen, Herausforderungen in Europa nicht Länder seien, sondern handelnde Personen seien.

Wenn er die Erweiterungsländer auf dem Balkan sehe, dann seien sie sehr unterschiedlich. Der Ministerpräsident von Montenegro habe die größte Herausforderung in seinem Land mit dem Staatspräsidenten, der sich in Wahrheit für die Interessen von Vučić, dem Präsidenten von Serbien, und für Serbien einsetze. Man bilde Einheiten, die destabilisierend wirkten, aber keine Einheiten seien.

Nach seinem Verständnis müsse man über Ländergrenzen hinaus in Zivilgesellschaften denken, die liberaldemokratisch, mehrheitsfähig seien. Die dürfe man weder auf die falsche Seite bringen, noch dürfe man sie verallgemeinern. Man müsse genau

überlegen, welche Kräfte die EU förderten, welche sie stabilisierten. Das sei zum Teil sehr irritierend. Wenn man sich zum Beispiel die Inthronisierung des Metropoliten in Serbien anschau, sei es irritierend, wer da auf wessen Seite gegen wen arbeite.

Es sei aber aller Mühen wert, weil er, wenn er es verkürzt sagen dürfe, sehr viel europäischer denke als Berlin. Die Zukunft einer freien Gesellschaft in Europa scheitere oder geschehe in Brüssel. Da sei die Frage, wer destabilisiere, wer stabilisiere. Die Bejahung oder Verneinung dieser Frage habe mit der Staatenzugehörigkeit überhaupt nichts zu tun, zum Teil handele es sich um illiberale Kräfte, die noch aus einer vergangenen Welt kämen, oder sie hätten eine andere Verfassungstradition, wie Orban das nenne, oder sie seien schlicht kriminell. Er habe versucht, das rüberzubringen. Er habe gesagt, er fände es gut, man würde die Ausrichtung der Politik nicht an Ländern verorten, sondern an Bewegungen, an Einflussnahmen oder auch an Interessen, die einzelne Menschen hätten.

**Johannes Remmel (GRÜNE)** bedankt sich für die Ausführungen. Sie seien sehr erhellend gewesen. Trotzdem orientiere sich der Rechtsstaatsmechanismus nicht an zivilgesellschaftlichen Gruppierungen oder Personen, sondern orientiere sich an den nun einmal gewählten oder im Amt befindlichen Regierungen. Er frage, wie der Minister das in eine politische Strategie gießen wolle, die Einschätzung einerseits, die viel für sich habe, die man nachvollziehen könne, und aber den Mechanismus, der implementiert worden sei, der sich an Institutionen, an Staatlichkeit orientiere.

An Kollegen Krauß gewandt, fährt der Redner fort, das EU-Parlament einschließlich der EVP-Fraktion habe gesagt, man wolle nicht damit warten, bis der EuGH entschieden habe. Da sollte jetzt gehandelt werden. Das als Randbemerkung. – Ihn würde das grundsätzliche Verständnis der Landesregierung interessieren, wie man beides zusammenbringen wolle, ob der Minister sage, man müsse bei dem Mechanismus dann Rabatt geben, wenn man die Verhältnisse jeweils anders sortiere. Er frage, wie man das zusammenbringen könne.

**Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI)** erwidert, er teile die Meinung uneingeschränkt. Das eine verdecke das andere. Das habe aber bei den Kriterien nichts miteinander zu tun. Die Frage der Rechtsstaatlichkeit orientiere sich an vorgegebenen Voraussetzungen, die erfüllt sein müssten.

Zu Beginn sei man immer kritisiert worden, hier sei auch nicht alles in Ordnung gewesen. Es sei immer das Beispiel gekommen, dass die Politik die Verfassungsrichter wähle. Wenn das nicht in Ordnung sei, sei das nicht in Ordnung. Er habe nichts dagegen, dass man hier genauso auf den Prüfstand komme wie andere, weil die Kriterien berechenbar, nachvollziehbar und unverrückbar sein müssten. Er sei davon überzeugt, dass die Europäische Union nicht fertig sei, was er nicht schlimm finde. Schlimm sei es nur, wenn man untätig sei. Wenn man bestimmte Kriterien habe und erfülle, dann müsse man die Maßstäbe an alle stellen. Das sei etwas anderes als das Suchen von europäischen Freunden, im Sinne von miteinander leben wollen, und der Überprüfung, ob innerstaatliches Recht dem entspreche, was die EU fordere oder was die Mitgliedsstaaten im EU-Vertrag unterschrieben hätten, als sie Mitglied der EU

geworden seien. Das könne Deutschland genau so treffen wie Slowenien, oder wie es die Niederlande treffen könne. Das würde er voneinander trennen. Die Politik hier überprüfe nicht die Rechtsstaatlichkeit, sondern schaffe die Voraussetzungen, dass die Rechtsstaatlichkeit geprüft werden könne von jemandem, der auch die Macht habe, es umzusetzen, wenn es ignoriert werde. Das sei aber dann in Brüssel.

**3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)**

Gesetzesentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/14700

Vorlage 17/5713

Einzelplan 02 – Staatskanzlei (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)

Einführung durch den Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales

**Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEi) führt aus:**

Ich freue mich, dem Ausschuss die Ansätze des Haushaltsentwurfes 2022 für den Zuständigkeitsbereich Europa und Internationale Angelegenheiten vorstellen zu können. Dabei möchte ich auf die wichtigsten Punkte unserer Planungen eingehen. Darüber hinaus werde ich Ihnen die Ansätze der Landesvertretungen in Berlin und Brüssel, des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit sowie den Haushalt der Ruhr-Konferenz erläutern.

Der Haushaltsentwurf, den ich heute präsentiere, ist der letzte dieser laufenden Legislaturperiode. Als die Regierung im Sommer 2017 die Regierungsgeschäfte übernehmen durfte, belief sich der Gesamthaushalt für den Bereich Europa auf 1,6 Millionen Euro und der Anteil für Internationale Angelegenheiten auf 6 Millionen Euro. Seither verzeichnen wir einen sukzessiven Anstieg auf rund 4 Millionen Euro für Europa und 11 Millionen Euro für den internationalen Bereich.

Wir unterstreichen damit die Bedeutung, die die Landesregierung der europäischen und internationalen Zusammenarbeit beimisst. Nordrhein-Westfalen hat internationale Interessen, die wir auch eigenständig vertreten. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt stehen wir im Vergleich zu den Nationalstaaten der Welt auf Platz 18, im Bereich Europa auf Platz 7 und in der Europäischen Union auf Platz 6.

Damit gehen Verpflichtungen und Verantwortung einher. Dieser Verantwortung stellen wir uns. Seit Juni 2020 gibt es deshalb einen Europabezug in unserer Landesverfassung. Wir verstehen ihn als Bekenntnis zu den europäischen Grundprinzipien, zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, und wir verstehen ihn als Auftrag zur Verwirklichung und Entwicklung des geeinten Europas.

Deshalb haben wir, um einige Beispiels zu nennen, gerade im für Europa besonders wichtigen Jahr 2019 (Brexit, Neuwahl des Europaparlamentes und Bildung einer neuen Europäischen Kommission) als Nordrhein-Westfalen den Vorsitz der Europaministerkonferenz innehatte, herausgehobene Projekte gefördert und durch ein verstärktes Informations- und Kommunikationsangebot für Europa geworben.

Die Landesregierung hat den Europagedanken unserer Gesellschaft, vor allem auch in der jungen Generation gestärkt, mit der Initiative „Europa leben und lernen“ und „Europaaktive Zivilgesellschaft“.

Wir haben im Rahmen der bilateralen Beziehungen die Verbindungen zu Frankreich, Großbritannien, Polen, Belgien, den Niederlanden und der Benelux-Union ausgebaut. In Tel Aviv haben wir ein eigenes Landesbüro eröffnet, das bilaterale Kooperationen in verschiedenen Bereichen wie Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur auf eine ganz neue Ebene hebt.

Unsere internationalen Partnerschaften haben wir gestärkt, Hauts-de-France, Schlesien, Japan, Ghana und um Nordmazedonien erweitert. Eigene Entwicklungspolitische Schwerpunkte erarbeiten wir, die dazu beitragen sollen, dass Menschen auch in anderen Ländern die Chancen zum Aufstieg haben und ihr Leben selbst gestalten können.

Den internationalen Standort Bonn haben wir gestärkt mit Neuansiedlungen. Die Zahlen der Haushaltsanmeldungen 2022 liegen Ihnen vor. Der Gesamtansatz 2022 des Ergebnis- und Transferhaushalts für Europa und Internationale Angelegenheiten weist gegenüber dem Gesamtansatz von 2021 ein Mehr von 370.000 Euro auf. Der Ansatz der beiden Landesvertretungen ist gegenüber 2021 um 40.000 Euro geringer geworden. Der Ansatz für die Ruhr-Konferenz reduziert sich gegenüber 2021 um rund 160.000 Euro.

Von den Gesamtmitteln entfallen auf den Bereich Europa 4 Millionen Euro. Das entspricht einem Mehr gegenüber dem Vorjahr von 200.000 Euro.

Als größte Region im Zentrum Europas sieht die Landesregierung es weiterhin als eine ihrer prioritären Aufgaben an, einen bedeutenden Beitrag zur Stärkung der Europäischen Union, des europäischen Gedankens und der Akzeptanz der Europäischen Union zu leisten. Die Erhöhung des Gesamtansatzes der Europamittel ergibt sich in erster Linie aus zusätzlichen Haushaltsmitteln zur Durchführung eines Frankreichjahres 2021/2022 sowie zur Unterstützung von Wettbewerben zur Europabil- dung. Finanziert werden zudem zusätzliche Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem Brexit stehen, insbesondere zur Abmilderung der Folgen bei Schüleraus- tauschen, sogenannten Begegnungsmaßnahmen, mit dem Vereinigten Königreich.

Seit Jahrzehnten arbeitet Nordrhein-Westfalen in anderen europäischen Regionen zusammen, unterstützt die grenzüberschreitende Kooperation. Diese enge und ver- trauensvolle Zusammenarbeit bewährte sich gerade in der Covid-19-Pandemie. Nur allmählich konnten wir physische Treffen wiederaufnehmen. Lebendig und intensiv blieb aber der Austausch der Zusammenarbeit durch digitale Formate. Die Landes- regierung wird dem mit ihrem Angebot auch zukünftig Rechnung tragen und über die Pandemie hinaus neben Präsenzangeboten auch weiterhin digitale Formate an- bieten.

Exemplarisch für die Europaaktivitäten möchte ich kurz einige Punkte nennen. Zu- erst möchte ich das Frankreich-Polen-Nordrhein-Westfalen-Jahr, also das Weima- rer Dreieck, mit seinen vielfältigen zivilgesellschaftlichen, kulturellen und politischen Formaten nennen, das bis Mitte 2022 fortgesetzt wird.

Dann freuen wir uns, im Jahre 2022 Ausrichter der vierten Grenzlandkonferenz zu sein mit den Niederlanden, die dritte war gestern in Enschede, die vierte wird am 22. März Gast sein dürfen in Aachen, die vierte Grenzlandkonferenz dann im vierten Euregio-Gebiet. Das Format nimmt inzwischen eine zentrale Funktion in der gemeinsamen Arbeit Nordrhein-Westfalens mit den Niederlanden ein.

Die Landesregierung engagiert sich in besonderer Weise für die Konferenz „Zukunft Europas“. Als einer von 18 AdR-Vertretern ist der Kollege Dr. Speich Mitglied in der Plenarversammlung. Die Landesregierung fördert aktiv die Bürgerdialoge und setzt darauf, dass die Konferenz das Momentum für eine Reform der Europäischen Union schafft. Die Landesregierung setzt sich zudem ein, die Stimme der Region in Europa besser hörbar zu machen.

Um insbesondere auch Jugendliche ohne expliziten Europabezug zu erreichen, setzt unser Pilotprojekt „EU-Jugendbotschafter@school“ auf einen neuen Ansatz., Junge EU-Botschafter und -Botschafterinnen werden an achten bis zehnten Klassen an Haupt- und Realschulen entsendet, um die europäische Idee zu kommunizieren und weiterzutragen sowie die Reflexion über das eigene Erleben von Europa anzustoßen.

Mit der italienischen Region Piemont laufen Gespräche über eine künftige Kooperation. Hier orientiert sich die Landesregierung grundsätzlich an der sehr erfolgreichen Zusammenarbeit mit Hauts-de-France und Schlesien, mit dem sogenannten kleinen Weimarer Dreieck. Die engen Beziehungen zum Vereinigten Königreich sollen neben Austauschmaßnahmen für Schülerinnen und Schüler, den sogenannten Begegnungsmaßnahmen, auch mittels des im Jahre 2021 ausgelobten Jugendaustauschwettbewerbs „Team up! Jugendaustausch NRW-Großbritannien“, der besonders innovative Projekte von Jugendlichen in den Blick nimmt, gefördert und unterstützt werden.

Nordrhein-Westfalen hat darüber hinaus im Bundesrat ein deutsch-britisches Jugendwerk angeregt. Mit großer Stimmenmehrheit ist das im Bundesrat von den Ländern angenommen worden.

Auf dem Bereich Internationale Angelegenheiten entfallen von den vorgenannten Mitteln 10.900.000 Euro. Das entspricht einem Mehr gegenüber dem Vorjahr von 130.000 Euro. Die Erhöhung des Gesamtansatzes ist im Wesentlichen erforderlich für den Studiengang European Studies an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, für Projekte zur Stärkung der Beziehungen zu Nordamerika sowie für Steigerungen bei den Personal- und Sachkosten der Promotorinnen und Promotoren der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Anlehnung an die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst.

Wie Sie wissen, setzt die Landesregierung, gerade mit Blick auf unsere historische Verantwortung, großen Wert auf die Verständigung mit Israel. Neben der vornehmlichen Förderung von Austausch und Begegnung werden die Beziehungen auch zunehmend von gemeinsamen zukunftsgerichteten Interessen geprägt. Die Aktivitäten des Landesbüros in Tel Aviv für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend, Kultur und damit die Stärkung der Präsenz Nordrhein-Westfalens in Israel stellen

auch im Jahr 2022 einen Schwerpunkt der internationalen Aktivitäten des Landes dar.

Die Nordrhein-Westfälische Akademie für Internationale Politik wurde in Anwesenheit des Ministerpräsidenten und des Präsidenten von Ghana, Akufo-Addo, und dem luxemburgischen Außenminister feierlich eröffnet. Zeitgleich fand der erste wissenschaftliche Akademiesommer statt. Durch die Arbeit der Akademie wird die Rolle Nordrhein-Westfalens als internationaler Akteur gestärkt und Impulsgeber für internationale Frage weiter gestärkt.

Ich möchte noch einige Worte verlieren über die Vertretungen in Brüssel und in Berlin. Die Landesvertretung in Berlin soll „analysieren, aktualisieren, repräsentieren“. Mit diesen drei Schlagworten lassen sich die Aufgaben unserer Landesvertretung in Berlin, der sogenannten Botschaft des Westens, umreißen. Ob Kohleausstieg und Klimaschutz, Maßnahmen gegen die Pandemie, Ganztagsbetreuung oder Fluthilfe: Wesentliche und Nordrhein-Westfalen im Kern betreffende politische Entscheidungen und Weichenstellungen werden in Berlin vom Bundesgesetzgeber getroffen und vorgenommen.

Für die Landesregierung ist die Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung im Bundesrat daher nicht nur eine grundgesetzlich gebotene Pflicht, sondern ein politisch notwendiger Auftrag. Präsenz und Einfluss im Bund liegen im ureigensten Interesse des Landes. Diesen Einfluss stellen wir sicher mit der Landesvertretung beim Bund. Wir haben eine effektive und professionelle Arbeit der Einrichtung, die die Landesregierung in diesen Anliegen tatkräftig unterstützt. Wir machen Veranstaltungen in Berlin, in der sogenannten Botschaft des Westens.

Ich komme zu der Vertretung in Brüssel. Die Vertretung Nordrhein-Westfalens bei der Europäischen Union repräsentiert das Land auf europäischer Ebene. Sie wird auch im kommenden Jahr nordrhein-westfälische Interessen und Positionen in den europäischen Entscheidungsprozess einbringen. Für das Jahr 2022 sind dafür Mittel in Höhe von 4,7 Millionen Euro vorgesehen. Das sind 29.000 Euro weniger als im Vorjahr. Dieses Weniger resultiert daraus, dass im Vorjahr zusätzliche Mittel für einmalige technische Ersatzbeschaffungen notwendig geworden sind. Im Übrigen blieben die Ansätze gleich.

Durch die immer engeren Verpflichtungen zwischen regionaler, nationaler und europäischer Ebene gewinnen die Aufgaben der Landesvertretung stetig an Bedeutung. Die Referentinnen und Referenten der Landesvertretung berichten ihren Ressorts und der Staatskanzlei fortlaufend über die aktuellen europapolitischen Prozesse und Ereignisse, den Fortgang der EU-Gesetzgebung und anderer europäischer Initiativen.

Nordrhein-Westfalen wird vertreten durch den Vorsitz der deutschen Delegation beim Europäischen Ausschuss der Regionen. Damit sind wir auch verbunden mit der Koordinierung der Sekretariate und auch beim Prozess der Erneuerung der Europäischen Union. Wenn es von Ihnen keine weiteren Fragen gibt, würde ich es bei diesen ergänzenden Erläuterungen zu meinen schriftlichen Ausführungen belassen.

**Vorsitzender Dietmar Brockes** bedankt sich für den Bericht. Der Ausschuss habe sich verständigt, dass der Minister heute in den Haushalt einführe. Den ausführlichen Bericht werde der Ausschuss noch im Nachgang schriftlich erhalten. Heute werde keine Aussprache durchgeführt.

Die Fraktionen sollten bis zum 15. Oktober ihre Fragen zum Haushalt einreichen. Das Ministerium beantworte die Fragen dann bis Ende Oktober. In der nächsten Sitzung am 12. November werde der Ausschuss sowohl die Aussprache zum Haushalt als auch die Änderungsanträge beraten und beschließen.

#### **4 Konferenz zur Zukunft Europas: Beteiligung von NRWs Zivilgesellschaft ermöglichen**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/14048

*(Überweisung des Antrages am 16.06.2021)*

**Johannes Remmel (GRÜNE)** möchte den Antrag noch einmal begründen, wobei im Wesentlichen die Begründung im Plenum erfolgt sei, auch die entsprechende Reaktion. Der Argumentation der Koalitionsfraktionen, da würde ja schon so viel passieren, könne er nur einschränkend zustimmen, indem er sage, einiges passiere. Er habe wahrgenommen, dass es Einladungen auch der Landesregierung gebe, an denen seine Fraktion in unterschiedlicher Form teilnehme. Das sei an der Stelle geschenkt. Er wolle auch nicht unterstellen, dass die Landesregierung nichts tue.

Der Antrag sei trotzdem nicht überholt, und zwar insbesondere bei dem Aspekt, wenn es darum gehe, dass er schon meine, dass die öffentliche Diskussion über die Konferenz von einem beschränkten Personenkreis erfolge, der sich sowieso mit Europa befasse. Bisher habe es keine Verbreiterung gegeben. Die Möglichkeit, das zu verbreitern, sei aus seiner Sicht über die Zivilgesellschaft gegeben. Der Kern des Antrages laute, die Zivilgesellschaft bei der Durchführung von solchen Diskussionsveranstaltungen zu unterstützen. Hier sei noch Nachholbedarf. Insofern würde seine Fraktion auch gerne über den Antrag abstimmen mit dem Schwerpunkt, einen Diskurs über die Zukunft Europas, unterstützt durch die Landesregierung, von der Zivilgesellschaft anzustoßen und breit vor Ort in Schulen, in Vereinen, in Organisationen, die sich mit Europa beschäftigten, zu diskutieren.

Kern müsse es sein, dass man versuche, das landläufige Verständnis von Europa als Dienstleister, das seines Erachtens eher ein instrumentelles Verständnis sei, hin zu einer gemeinsamen europäischen Heimat zu entwickeln. Hier sei noch viel zu tun. Deshalb biete die Diskussion um die Konferenz zur Zukunft Europas große Chancen, genau das auch stärker zu verankern.

**Oliver Krauß (CDU)** erwidert, mehr gehe immer. Er stelle aber trotzdem fest, dass sich diese Landesregierung wie keine Landesregierung zuvor der aktiven Förderung des Europagedankens verpflichtet fühle. Es sei schon alles aufgeführt, Europaschulen, Grenzlandpreise, zahlreiche Wettbewerbe wie „Europa bei uns zuhause“, „Europaaktive Kommunen“, „Europaaktive Zivilgesellschaft“, die intensiv gelebten bilateralen Partnerschaften. Das seien wenige Beispiele, die zeigten, dass sich der europäische Gedanke festgesetzt habe, fest implementiert sei. Vor wenigen Minuten bei der Einbringung des Haushaltsentwurfes habe der Minister diese Gedanken vorgetragen.

Entscheidend für den Erfolg von Europa sei, dass vor allem von der Konferenz zur Zukunft Europas möglichst viele Ideen, Gedanken und Vorschläge eingebracht würden, offen und ohne Denkverbote. Man erlebe, dass sich die Landesregierung auf

vielen Ebenen dafür einsetze, diesen Gedanken der Konferenz in die Breite zu tragen. Alle wüssten um die Veranstaltungen, die finanziert würden, die Projekte Dritter. Im Land NRW würden Vereine und Organisationen unterstützt. Die Europa-Union NRW setze sich mit einem Projekt, das von der Landesregierung finanziert werde, gemeinsam mit den Kreisverbänden und dem gesamten Netzwerk dafür ein, die regionale Zivilgesellschaft für die Konferenz zu gewinnen.

Für ihn sei die Darstellung der Landesregierung nachvollziehbar, dass viel auf den Weg gebracht werde. Insofern sei eine erneute Aufforderung das Einrennen der berühmten offenen Türen.

Aus Sicht der CDU werde ein falscher Ansatz gewählt. Die Solidargemeinschaft solle für Lizenzen aufkommen, für Anmietungen und für noch mehr Informationsmaterial aufkommen. Da fehle es an Differenzierungen, an Synergien und an der gemeinsamen Aktion, die gesucht werde. Es könne nicht nur darum gehen, dass die Solidargemeinschaft bezahle.

Der Gedanke sei bei allen demokratischen Fraktionen vorhanden. Es gebe auch einen breiten Konsens. Der Antrag sei sicherlich gut gedacht, aber nicht ganz so gut gemacht aus Sicht seiner Fraktion. Von daher lehne seine Fraktion den Antrag heute hier ab.

**Thomas Nückel (FDP)** legt dar, die Absicht des Antrages sei sicherlich gut. Der Antrag führe aber deswegen in die falsche Richtung, weil die Institution der EU selber in den nächsten Wochen mit Informationsmaterial nicht nur online, auch in Papierform fluten werde und sich vor allem an die Vereine und zivilgesellschaftlichen Organisationen richte. Es sei immer schwierig, wenn mehrere versuchen würden, das eine gute Projekt voranzutreiben. Er halte es für richtig, dass das über die EU-Institutionen laufe.

Er habe vor knapp zwei Wochen eine Veranstaltung der EU-Vertretung Unter den Linden vorm Brandenburger Tor besucht. Eine Reihe dezentraler Diskussionsformate gerade im Bereich der Verbände und Vereine seien angekündigt und vorgestellt worden. Das sei auch deren Aufgabe. Dabei sollte man es belassen.

**Andreas Keith (AfD)** betont, grundsätzlich sei eine Beteiligung des Volkes an der Europäischen Union zu befürworten. Am effektivsten beteilige man allerdings die Bevölkerung der Europäischen Union, indem man sie frage. Man könnte Volksentscheide, man könnte viel stärker die Menschen mit einbinden, wenn man ihnen die Möglichkeit gebe, an der Entscheidungsfindung ähnlich wie in England beziehungsweise der Schweiz teilzunehmen und abzustimmen. Das wollten aber die Altparteien nicht. Das sei auch aus den Programmen gestrichen worden, was die Volksbefragungen in Deutschland betreffe. Nun versuche man, mit Personengruppen hauptsächlich aus dem den Grünen zugeneigten politischen Milieu Einfluss zu nehmen. Seine Fraktion werde den Antrag nicht unterstützen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/14048 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD ab.

## 5 Die europäische und internationale Zusammenarbeit im Jahr 2021

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5798

**Johannes Remmel (GRÜNE)** hat zwei Fragen. In dem Bericht werde erwähnt, dass Staatssekretär Speich auch in der Plenarversammlung der Zukunftskonferenz sitze. Gleichzeitig sei er Vertreter in dem Gremium der Städte und Regionen, AdR. Er frage, was Herr Speich inhaltlich in die Zukunftskonferenz einbringe, möglicherweise vor dem Hintergrund der Entsendung in den AdR. Das müsse man heute nicht abhandeln. Es wäre aber schön, wenn da programmatisch noch etwas nachgeliefert werde. Der Vorsitzende sei in dem Zusammenhang AdR natürlich mit gefragt.

Seine zweite Frage beziehe sich auf den Bereich Internationales. Es werde erwähnt, dass der Ministerpräsident die belarussische Oppositionsführerin Tichanowskaja getroffen habe. Frau Tichanowskaja habe deutlich gemacht, dass es nötig sei, dass die EU auch Sanktionen gegen Belarus ausspreche. Er frage, wie da die Haltung der Landesregierung sei, ob sie sich da einmische, welche Konsequenzen das konkret habe. Sicherlich könne man keine NRW-Sanktionen aussprechen. Es gebe aber Möglichkeiten, auch auf EU-Ebene oder Bundesebene dafür zu werben oder die Demokratiebewegung zu unterstützen. Er wüsste gerne, ob es da konkrete Initiativen gebe.

**Vorsitzender Dietmar Brockes** hält fest, der Minister werde die beiden Fragen schriftlich im Nachgang beantworten.

**6 Bewerbung des Ruhrgebiets als UNESCO-Welterbe** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5761

**Johannes Remmel (GRÜNE)** bedankt sich für den Bericht, obwohl ihn die SPD beantragt habe. Er frage, ob das zuständige Ressort anwesend sei.

(MR Thomas Schürmann [MHKBG] ist anwesend.)

Er wolle das Verfahren hinterfragen. Es habe einen Kabinettsbeschluss gegeben, der das Verfahren im Prinzip abschließe. Aber die Meldungen müssten erst Ende Oktober gemacht werden. Gleichzeitig sei aber von Seiten der Stiftung, die das ursprünglich auf den Weg gebracht habe, angekündigt worden – die Stiftung sei auch ermuntert worden –, den Antrag nochmal zu überarbeiten hinsichtlich bestimmter Mängel. Gleichzeitig sei er von Seiten des Kabinetts finalisiert worden. Ihn interessiere, ob der Prozess noch offen sei, sodass das Kabinett eventuell aufgrund eines überarbeiteten Antrags erneut entschieden könne, doch eine solche Meldung des Projektes im weitesten Sinne Industrieregion Ruhr nachzumelden oder zu melden. Er wüsste gerne, wie man den Umgang mit der Stiftung erkläre.

Klar sei, die Kommunen hätten Stellung genommen, sie hätten den Antrag im Großen und Ganzen positiv unterstützt, der LVR habe positiv unterstützt. Eigentlich müsste es auch im Interesse des für die Ruhrkonferenz zuständigen Ministers sein, dass das Projekt befördert werde und vorankomme. Politische Entscheidungen und der Umgang seien zumindest zu hinterfragen. Es wäre schön, wenn man es positiv beantworten könne, dass hier noch die Chance für die Stiftung bestehe, einen überarbeiteten Antrag nachzuliefern. Zeit sei nicht mehr viel, zugegebenermaßen. Da wüsste er gerne, wie da die Haltung des Ministeriums sei.

**Josef Neumann (SPD)** bedankt sich für den Bericht. Er hätte auch eine Nachfrage. Er wisse, dass solche Verfahren ziemlich lange dauerten. Das gehe nicht von heute auf morgen. Wenn man den Bericht lese, gebe es öfter Hinweise, dass man da nacharbeiten könnte. Ihn würde interessieren, wie dieser Begleitprozess seitens des Landes gegenüber den Antragstellern aussehe, ob das eine Art proaktives Begleiten sei oder ob das eher ein Begleiten sei, dass man dann reagiere, wenn etwas eingegeben werde oder wenn das Papier vorliege.

**Thomas Nüchel (FDP)** möchte eine Bewertung abgeben. Er gehöre einer Partei an, die im Ruhrparlament für diese Bewerbung gestimmt habe, aber enttäuscht gewesen sei, als man das gesehen habe, was der RVR beziehungsweise auch die Stiftung da vorgelegt hätten. Er wisse, es sei schwer, so etwas gut aufzusetzen. Das gelte auch für viele andere Dinge, dass es im Grunde genommen nicht um das Projekt gehe, sondern darum, wie man die Bewerbung einreiche. Das sei von den Autoren sehr schlampig gemacht worden. Da habe es aber kein Mäuscheln gegeben, wie es jetzt

zwischen den Zeilen vorgeworfen werde. Die Bewerbung sei schlecht gewesen. Schon 2014 sei man mit dem Vorhaben gescheitert. Damals habe die Jury empfohlen, mit Blick auf eine Konzentration der prägenden Städte und Objekte aktiv das Ganze weiterzuentwickeln. Genau das habe die Stiftung leider nicht getan. Deswegen spiegele diese Bewerbung nach seiner Einschätzung ein altes Problem des Ruhrgebietes wider, was er mit Schmerzen sehe, da er aus dem Herzen des Ruhrgebietes komme, aus Herne.

Jeder von den vielen Institutionen müsse mit irgendetwas beteiligt werden, egal, wie das am Ende aussehe, ob es wirke und etwas bringe. Das sei dann eher zweitrangig. Das sei eine Art provinzielle Binnenidylle. Daran sei diese Bewerbung auch gescheitert. Es sei ein Sammelsurium ohne Struktur gewesen, auch anders, als es sich die Leute im Ruhrparlament vorgestellt hätten. Schon damals habe es eine 50/50-Entscheidung des Ruhrparlaments gegeben, das zu machen. Das sei schon ein schlechtes Omen, auch wenn viele hinterher dafür gestimmt hätten, aber die Oberbürgermeister und Fraktionsvorsitzenden der SPD mit ihren Kommentaren hätten das Projekt auch kaputtgeredet. Weil an der Bewerbung nichts korrigiert worden sei, halte er es auch für richtig, dass in Düsseldorf gesagt werde, dass man so keine Chance habe.

Er schließe mit dem Kommentar des SPD-Fraktionsvorsitzenden aus Bochum, Burkart Jentsch. Der habe gesagt:

„Wir haben es geschafft, in unseren Städten des Fortschritts, dass wir da so wahrgenommen werden. Aber wir befürchten, mit dieser Bewerbung unsere eigenen Entwicklungshemmnisse kaputtzumachen.“

– Das sei schon ziemlich deutlich.

**Johannes Remmel (GRÜNE)** merkt an, Kollege Nückel habe versucht, die Antwort des Ministeriums vorwegzunehmen, sich als Sprecher der Landesregierung zu betätigen. Das habe er jedenfalls so wahrgenommen. Das sei im Übrigen gar nicht seine Frage gewesen, um das nochmal zu erläutern.

Über die Qualität der ersten Bewerbung habe die Jury befunden. Das werde überhaupt nicht in Frage gestellt. Es habe im Nachgang von der Stiftung eine Initiative an die Landesregierung gegeben, dass man bis Oktober eine Überarbeitung der umstrittenen Bewerbung machen wolle. Aber die Landesregierung habe diese Überarbeitung bisher nicht abgewartet. Er wolle nicht über die Qualität der ersten Ausarbeitung diskutieren. Ihn interessiere, warum den Initiatoren, der Stiftung, dem Ruhrgebiet nicht die zweite Chance eingeräumt worden sei oder ob diese doch eingeräumt worden sei. Das sei seine Frage.

**MR Thomas Schürmann (MHKBG)** gibt an, er leite das für Denkmalschutz und Denkmalpflege zuständige Referat im Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung und sei in dem Zug auch für die UNESCO-Angelegenheiten im materiellen Erbe zuständig.

Zum Verfahren, auf die sich die erste Frage bezogen habe: Ende 2019 habe es die Entscheidung der KMK für die Fortschreibung der Tentativliste gegeben. Im Hause sei

es von Anfang an sehr wichtig gewesen, frühzeitig und transparent die Verfahrensschritte, insbesondere den Zeitplan, zu kommunizieren. Insofern habe man das frühzeitig auch schriftlich, sehr offen gemacht, weil sich auch Kommunen oder Vereine hätten bewerben können, aber weil es auch insbesondere um die Frage des Umgangs mit der Stiftung gegangen sei. Man habe bilateral der Stiftung den Zeitplan offen kommuniziert.

Es habe verschiedene Abgabedaten gegeben – auch das finde sich im schriftlichen Bericht wieder –, die coronabedingt immer wieder angepasst worden seien. Frühzeitig sei kommuniziert worden, dass spätestens im dritten Quartal dieses Jahres ein Kabinettsbeschluss getroffen werden solle, welche Anträge tatsächlich weitergeleitet würden. Der Zeitpunkt sei der Stiftung und allen anderen Bewerberinnen und Bewerbern gegenüber unmittelbar kommuniziert worden.

Zur Frage des weiteren Prozesses beziehungsweise der Überarbeitungsfähigkeit: Die Fachjury, deren Urteil sich das Ministerium angeschlossen habe, sei zu dem Ergebnis gekommen, dass der Ruhrgebietsantrag in dieser Form nicht ausreiche, sie habe aber gleichzeitig wie bei allen anderen Anträgen auch, eine Prognoseentscheidung getroffen, ob denn eine Überarbeitung tatsächlich realistischerweise in der zur Verfügung stehenden Zeit noch möglich sei.

Beispiel Solingen: Auch da habe es am Antrag noch Mängel gegeben. Hier sei die Prognoseentscheidung getroffen worden, dass die anstehenden Änderungen realistischerweise umsetzbar seien. Genauso laufe gerade das Verfahren, dass man die Zeit bis Ende Oktober nutze, dass dieser Antrag noch eingereicht werden könne.

Bezüglich des Ruhrgebietsantrags seien die offenen Punkte so umfänglich gewesen, strukturell gesehen, von den Begründungszusammenhängen der Elemente her, die aufgeführt würden, dass nach Einschätzung der Jury und auch des Ministeriums es so umfängliche Arbeiten gewesen wären, die zeitlich realistischerweise zum Einen nicht in der erforderlichen Tiefe hätten umgesetzt werden können – man sehe auch, wie lange an diesem Antrag gearbeitet worden sei –, sodass in zwei weiteren Monaten sicherlich nur noch bedingt Änderungen möglich gewesen wären, zum Zweiten wäre der Antrag in weiten Teilen so umgeschrieben worden, dass nach Auffassung des Ministeriums dann wiederum die Rücksprache mit den Kommunen hätte erfolgen müssen. Das alles sei in diesem Zeitraum nicht denkbar gewesen. Deswegen sei man bei dem Zeitplan geblieben, der kommuniziert gewesen sei, das heiße, Kabinettsentscheidung im dritten Quartal, sodass keine weiteren Überarbeitungen angelegt worden seien.

Die Stiftung habe schriftlich darauf hingewiesen, dass sie das beabsichtige. Sie habe auch eine schriftliche Antwort bekommen, dass eine solche Überarbeitung in diesem Zeitplan nicht mehr möglich sei. Insofern sei der Prozess abgeschlossen. Es würden noch weitere Schritte erfolgen, was den Antrag Solingen angehe, sodass der Antrag fristgerecht bis zum 31. Oktober bei der KMK eingereicht werden könne.

Eine weitere Frage beziehe sich auf den Begleitprozess des Landes, wie das Verhältnis mit den Antragstellern sei. In dem Schreiben Ende 2019 sei allen Interessierten angeboten worden, jederzeit die Beratungsfunktion des Hauses wahrzunehmen. Es

sei eine große Informationsveranstaltung für das Frühjahr 2020 geplant gewesen, die coronabedingt leider hätte abgesagt werden müssen, allerdings auch da wiederum mit dem Hinweis, dass man jederzeit für Beratungen zur Verfügung stehe. Davon hätten auch alle vier Antragsteller auf unterschiedliche Art und Weise Gebrauch gemacht, sodass man da in die eine oder andere Richtung immer wieder Hinweise gegeben habe.

**Johannes Remmel (GRÜNE)** möchte wissen, wann und in welcher Form der Stiftung mitgeteilt worden sei, dass die Jury so entschieden habe, dass eine Überarbeitung keinen Erfolg haben werde, weil das so umfänglich sei.

Her Schürmann habe erwähnt, dass der Stiftung auf einen Brief, den sie an die Landesregierung geschrieben habe, in dem sie eine Überarbeitung ankündige, geantwortet worden sei. Er wüsste gerne, wann geantwortet worden sei. Nach seinen Informationen habe es bisher keine Antwort gegeben.

**MR Thomas Schürmann (MHKBG)** antwortet, das sei ein Brief gewesen, das genaue Datum müsse er nachliefern.

Die Stiftung habe dem Ministerium mitgeteilt, wie die politische Unterstützung jetzt zum Sachstand – er meine, es sei Ende Juni gewesen – aussehe. Daraufhin habe es ein Schreiben des Ministeriums gegeben, in dem mitgeteilt worden sei, dass ein Einreichen eines erst im Oktober überarbeiteten Antrags mit dem verkündeten Zeitplan so nicht übereinstimme. Das genaue Datum müsse er nachliefern.

**Johannes Remmel (GRÜNE)** hält fest, dass das ursprüngliche Votum der Jury der Stiftung nicht mitgeteilt worden sei, im Sinne von: „Ihr könnt machen, was ihr wollt, euer Antrag ist so schlecht, den bekommt ihr innerhalb der Zeit nicht überarbeitet.“ Er bitte um Bestätigung. Erst im letzten Bericht sei die Aussichtslosigkeit des Vorhabens der Stiftung mitgeteilt worden.

**MR Thomas Schürmann (MHKBG)** betont, in dem Punkt sei er wohl missverstanden worden. Es habe sowohl eine mündliche Verkündung des Juryurteils als auch den schriftlichen Abschlussbericht gegeben. Dem sei schon zu entnehmen in der Zusammenfassung, dass in der zur Verfügung stehenden Zeit eine Überarbeitung nicht mehr möglich sei. Das sei der Stiftung zu dem Zeitpunkt sowohl mündlich, als man die Ergebnisse der Jury mitgeteilt habe, als auch in dem Abschlussbericht verkündet worden. Das sei durch das Schreiben noch einmal bestätigt worden, was er gerade angesprochen habe.

**7 Grenzüberschreitender Hochwasser- und Katastrophenschutz** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5797

**Johannes Rimmel (GRÜNE)** bedankt sich für den Bericht. Allerdings habe man nach konkreten Erfahrungen der jüngsten Katastrophe gefragt. Der Bericht sei sehr ausführlich, was gemeinsame Kooperationen in der Vergangenheit und für die Zukunft angehe. Aber er sei sehr schmallippig, wenn nicht sogar ohne konkrete Hinweise, wie es aktuell funktioniert habe. Da sei wahrscheinlich nicht so sehr die NRW-niederländische Grenzregion gefragt, sondern eher die Grenzregion in der Eifel zu Belgien und auch des deutschsprachigen Teils. Er frage, was da passiert sei, ob es gut sei, ob es ausgewertet werde, welche Schlussfolgerungen man ziehe in der gegenseitigen Unterstützung und auch in der Frage Katastrophenschutz.

**Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBE)** erwidert, die Ergänzungen würden nachgereicht.

**Vorsitzender Dietmar Brockes** hält fest, dieser Punkt werde auf die nächste Sitzung verschoben, und die Ergänzungen, die eingefordert worden seien, würden bis dahin nachgereicht.

## 8 Verschiedenes

**Vorsitzender Dietmar Brockes** merkt an, Herr Remmel habe um eine Verschiebung der Sitzung am 10. Dezember gebeten. Dem sollte der Ausschuss auch nachkommen. Er bitte die Obleute, nach der Sitzung zu ihm zu kommen. Er werde einen entsprechenden Vorschlag machen.

gez. Dietmar Brockes  
Vorsitzender

### Anlage

15.11.2021/18.11.2021

10





Slowenischer Vorsitz  
im Rat der Europäischen Union

# GEMEINSAM. WIDERSTANDSFÄHIG. EUROPA.



<https://slovenian-presidency.consilium.europa.eu/de/>



2

# PROGRAMM UND PRIORITÄTEN

## Slowenischer Vorsitz im Rat der Europäischen Union

1. Resilienz, Erholung und Strategische Autonomie der Europäischen Union
  - RESILIENZ GEGEN PANDEMIEN UND CYBER-ANGRIFFE
  - STRATEGISCHE AUTONOMIE
  - WIRTSCHAFTLICHE WIEDERHERSTELLUNG, GRÜNER WANDEL & DIGITALE TRANSFORMATION
2. Konferenz zur Zukunft Europas
3. Eine Union, die die europäische Lebensweise, Rechtsstaatlichkeit und gleiche Maßstäbe für alle fördert
4. Eine glaubwürdige und sichere Europäische Union, die auch die Sicherheit und Stabilität in der Nachbarschaft gewährleisten kann

1. Oktober 2021

GEMEINSAM. WIDERSTANDSFÄHIG. EUROPA.



3

# Resilienz, Erholung und Strategische Autonomie der Europäischen Union

# 1



## Resilienz gegen Pandemien und Cyber-Angriffe

- **EUROPÄISCHE GESUNDHEITSUNION:**
  - **EMA, ECDC:** Stärkung der Mandate wichtiger Agenturen
  - **grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren:** Entwicklung der EU- und nationalen Bereitschaftspläne
- **Lehren** aus Covid-19 & strategischer Ausblick
- **CYBER:** NIS2-Richtlinie & Cyber-Krisenmanagement

## Strategische Autonomie

- neue Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen – **HERA:** Stärkung der Forschungs- und Produktionskapazitäten der EU für Impfstoffe, Medikamente und andere Produkte
- **Europäische Industriestrategie & technologische Souveränität** der EU
- **Energieversorgung** (TEN-E-Regelung) und **Ernährungssicherheit** (EU-Notfallplan)

1. Oktober 2021

GEMEINSAM. WIDERSTANDSFÄHIG. EUROPA.



4

# Resilienz, Erholung und Strategische Autonomie der Europäischen Union

# 1

## ✓ Wirtschaftliche Wiederherstellung

**Next Generation EU & Aufbau- und Resilienzfazilität:** Bestätigung der Nationalen Aufbau- und Resilienzpläne (RRP) im Rat (ECOFIN), mit mindestens 37 % Ausgaben für den grünen Übergang und mindestens 20 % Ausgaben für den digitalen Übergang.

## ✓ Grüner Wandel

- Fit for 55% Gesetzespaket zu Klima und Energie
- UNFCCC COP26, Glasgow
- **Kreislaufwirtschaft** (Batterieverordnung, Abfallverbringungsverordnung)

## ✓ Digitale Transformation

- Digital Services Act & Digital Markets Act
- Künstliche Intelligenz (AI act) & Daten-Governance (Data Governance Act, Data Act)
- Digitalabgabe

### FIT FOR 55:

- Überprüfung des ETS-Systems
- Lastenteilungsverordnung (ESR)
- erneuerbare Energie
- Energieeffizienz
- LULUCF
- CO2-Emissionen von Autos
- Infrastruktur für alternative Kraftstoffe
- Mechanismus zur Anpassung der Kohlenstoffgrenze, usw.

1. Oktober 2021

GEMEINSAM. WIDERSTANDSFÄHIG. EUROPA.



5



# 2

## Konferenz zur Zukunft Europas

- ✓ Debatten mit Bürgern zu EU-Themen (9. Mai–Frühling 2022)
  - Plenarsitzungen, Bürgerpanels, nationale Konsultationen
  - mehrsprachige digitale Plattform
  
- ✓ Enge Zusammenarbeit zwischen den drei wichtigsten EU-Institutionen: Europäisches Parlament, Europäische Kommission, Rat der Europäischen Union
  - Gewährleistung einer angemessenen Rolle des Rates der EU und der Mitgliedstaaten

### Schlüsselthemen:

- Klimawandel und Umwelt
- Gesundheit
- eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Arbeitsplätze
- EU in der Welt
- Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit
- digitale Transformation
- Europäische Demokratie
- Migration
- Bildung, Kultur, Jugend und Sport; und andere Ideen

- ✓ Bled Strategic Forum 2021 widmet sich der Zukunft Europas.
  - **PANELDISKUSSIONEN**

1. Oktober 2021

**#TheFutureIsYours**



# Eine Union, die die europäische Lebensweise, Rechtsstaatlichkeit und gleiche Maßstäbe für alle fördert

# 3

- ✓ Größere Kohärenz zwischen verschiedenen Mechanismen zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit.
- ✓ JÄHRLICHER DIALOG ÜBER DIE RECHTSSTAATLICHKEIT: Dialog über den zweiten Jahresbericht der Europäischen Kommission über den Stand der Rechtsstaatlichkeit in der EU (General Affairs Council):
  - Allgemeiner Dialog – Rechtsstaatlichkeit in der EU
  - Länderspezifischer Dialog - 5 EU-Mitgliedstaaten (HR, IT, CY, LT, LV)
- ✓ NEUES EUROPÄISCHES INSTITUT FÜR DEMOKRATIE
- ✓ DEMOGRAFISCHE HERAUSFORDERUNGEN

1. Oktober 2021

GEMEINSAM. WIDERSTANDSFÄHIG. EUROPA.



7



## 4

# Eine glaubwürdige und sichere Europäische Union, die auch die Sicherheit und Stabilität in der Nachbarschaft gewährleisten kann

## Schengenraum

- Eine Strategie für einen **voll funktionsfähigen** und widerstandsfähigen Schengenraum (Schengen-Evaluierungsmechanismus, Schengener Grenzkodex) >

(stärker, robuster, an sich ändernde Herausforderungen angepasst & voll funktionsfähig)

## Migrations- und Asylpakt

- **interne Regelungen** zur Migrationssteuerung und Asylverfahren – Solidarität/Verantwortung
- robustes Management der **Außengrenzen**
- **wichtige Arbeit zur externen Dimension** – im Mittelpunkt stehen verstärkte Partnerschaften mit Herkunfts- und Transitländern



# Eine glaubwürdige und sichere Europäische Union, die auch die Sicherheit und Stabilität in der Nachbarschaft gewährleisten kann

# 4



## Transatlantische Beziehungen

- Globale Agenda und europäische Nachbarschaft
- Zusammenarbeit von EU und NATO

## Westlicher Balkan & EU-Erweiterung

*Gipfeltreffen EU-Westlicher Balkan, 6. Oktober (Brdo, Slowenien)*

- Europäische Perspektive & Fortsetzung des Erweiterungsprozesses
- wirtschaftliche und soziale Erholung nach COVID-19 & Politikintegration (Green Deal, Konnektivität, Cyber-Kapazität, Forschung & Innovation, Jugend)
- Dialog Belgrad-Pristina

1. Oktober 2021

GEMEINSAM. WIDERSTANDSFÄHIG. EUROPA.



9



DANKESCHÖN

Slowenischer Vorsitz im Rat der Europäischen Union